

Neustart für Autobahn-Anschluss

Spitzentreffen in Dornach führt zu einer überraschenden Wende im Dauerstreit um A18-Zubringer Dornach-Aesch.

Bojan Stula

Im Dauerstreit um den Autobahn-Anschluss Dornach-Aesch zeichnet sich eine Lösung ab – oder zumindest eine Aufweicheung der zuletzt verhärteten Fronten. Nach einem Treffen am Mittwoch in Dornach haben sich die Baselbieter Baudirektion und das Solothurner Bau- und Justizdepartement sowie die Gemeindepräsidenten von Dornach und Aesch auf den weiteren Ablauf geeinigt.

Laut einer Mitteilung vom Donnerstagmorgen wird ein neuer «gemeinsamer ergebnisoffener Prozess» gestartet, der eine Überprüfung der drei bisher ausgearbeiteten Streckenvarianten Nord, Mitte und Süd beinhaltet. Ziel sei eine «zeitnahe Lösung», wie die Birs-Strassenquerung realisiert werden könne. Genauere zeitliche Angaben bis zum Vorliegen eines umsetzbaren Bauprojekts werden jedoch keine gemacht.

Neue Strecken für die Varianten Nord und Mitte

Bei den Varianten Nord und Mitte sei man an der Sitzung übereingekommen, die bisher bekannten Linienführungen «nicht mehr weiterzuvorführen». Denn die bisher ausgearbeiteten Nord- und Mitte-Pläne seien mit zu grosser Beeinträchtigung des Wohngebiets in Aesch respektive des Naturraums entlang der Birs verbunden. Die künftige definitive Linienführung soll stattdessen «in einem ganzheitlichen Kontext betrachtet werden und mit einer gemeinsam getragenen Raumentwicklung auf beiden Seiten der Birs im Einklang stehen», wie es weiter in der Mitteilung heisst. Nach der Veröffentlichung des Zusatzberichts des Vereins Birsstadt (bzberichtete mehrfach) sei klar geworden, dass sich insbesondere mit dem Ende der industriellen Produktion auf dem Dornacher Swissmetall-Areal «die planerischen



Die Suche nach der besten Route für den direkten Anschluss Dornachs an die A18 beginnt von neuem.

Bild: Nicole Nars-Zimmer/Archiv

schen Rahmenbedingungen geändert» hätten.

Für die Dauer dieses Findungsprozesses wird der Kanton Solothurn seine Richtplananpassung betreffend des Zubrin-

«Keine der drei Varianten wird abgeschrieben. Jetzt geht es darum, bei den Linienführungen nach kreativen Möglichkeiten zu suchen.»

Eveline Sprecher
Gemeindepräsidentin Aesch

gers Dornach-Aesch sistieren. Der im vergangenen März bekannt gewordene Solothurner Entscheid, im kantonalen Richtplan auf die Variante Mitte zu verzichten, hatte in den Gemeinden Dornach und Aesch für beträchtlichen Unmut gesorgt. So haben in Dornach bürgerliche Kreise eine Petition lanciert, die sich für die rasche Umsetzung der ursprünglichen Variante Mitte ausspricht.

Vorsichtiger Optimismus bei den Gemeinden

Aeschs Gemeindepräsidentin Eveline Sprecher wertet die Zusammenkunft und das Ergebnis als positives Zeichen. Sie sei mit einem guten Gefühl aus der Sitzung gekommen: «Ich bin sehr zufrieden damit, dass wir uns wieder an einen Tisch setzen und gemeinsam einen Weg suchen.» Keine der drei Varianten

werde abgeschrieben, dies sei für sie sehr wichtig zu betonen. Jetzt gehe es darum, bei den Linienführungen nach «kreativen Möglichkeiten» zu suchen.

Dabei betont Sprecher aber, dass die Variante Mitte zum jetzigen Zeitpunkt «ganz klar die bevorzugte Lösung» für den Aescher Gemeinderat bleibe. Was den bloss vagen Zeitplan angeht, möchte die Gemeindepräsidentin nicht vorgreifen; es werde demnächst eine weitere Sitzung geben. Sie vertraue auf rasche Fortschritte bei der Neuplanung: «Wir wollen bestimmt nicht weitere zehn Jahre auf die Birsquerung warten.»

Sehr ähnlich tönt es auf Dornacher Seite: «Wichtig ist, dass man sich auf den Prozess geeinigt hat», sagt Gemeindepräsident Daniel Urech: «Aus der Absicht, über die bisher bekannten Linienführungen hinauszu-

denken, könnte etwas Kreatives entstehen.» Auf eine bevorzugte Streckenführung will sich Urech zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht festnageln lassen.

Im vergangenen November hatte Dornachs Gemeinderat bloss hauchdünn mit einer 4:3-Mehrheit der Streichung der Variante Mitte zugestimmt. Ob der Durchbruch vom Mittwoch genügt, um die Befürworter der Mitte-Variante in Dornach zufrieden zu stellen, ist deshalb eine ganz andere Frage.

«Ich gehe davon aus, dass diese Bestrebungen von der Sorge getragen werden, es könnte letztlich gar keine Lösung gefunden werden», analysiert Urech. «Insofern können mit dem klaren Bekenntnis zu einem gemeinsamen Weg beider Kantone diese politischen Forderungen als mitberücksichtigt angesehen werden.»